

WIE DEMOKRATIE VERTEIDIGEN? DEMOKRATIEPOLITISCHE KRITIK DER AUFRÜSTUNG DER EU

Von
Anna Laetitia
Rauchenwald

Die sich zuspitzenden geopolitischen Rivalitäten, die zunehmend in Kriegen zutage treten, erfordern eine Neudefinition europäischer Sicherheitspolitik. Insbesondere wenn zur Frage der Verteidigung der Demokratie die Antwort Aufrüstung sein soll, braucht es umso dringlicher einen kritischen Diskurs, der auch zivile Mittel der Außenpolitik sichtbar und demokratische Kontrolle möglich macht.

**Europa
militarisiert
sich nicht nur
ökonomisch,
sondern auch
ideologisch.**

Die Militarisierung der EU

Europa sieht sich durch die imperiale Aggression Russlands und das bröckelnde Bündnis mit den USA zur Aufrüstung gezwungen. In der vorherrschenden geopolitischen Analyse verschärft sich die Auseinandersetzung zwischen demokratischen und autokratischen Staaten. Eine wesentliche politische Antwort auf die geopolitische Lage ist Aufrüstung: Zwischen 2016 und 2025 haben sich die Militärausgaben Europas verdoppelt, sodass NATO-Europa mittlerweile im Vergleich der globalen Rüstungsausgaben nach den USA am zweiten Platz rangiert¹.

Europa militarisiert sich nicht nur ökonomisch, sondern auch ideologisch. Die Bevölkerung wieder „wehrbereit“ zu machen, gilt als wichtigste Voraussetzung für die Verteidigungs- beziehungsweise Kriegsfähigkeit. Doch gerade wenn Aufrüstung mit der Verteidigung der Demokratie begründet wird, muss demokratisch darüber gestritten werden, welche Sicherheitspolitik Europa braucht, wie eine globale Friedensstrategie entwickelt werden kann, wer darüber entscheidet und wer die Entscheidungen kontrolliert.

**Es ist wichtig, die
Militarisierung
demokratie-
politisch zu
problematieren.**

Entdemokratisierungstendenzen in Europa

Unter den gegebenen Bedingungen scheint die Militarisierung alternativlos. Durch die

Dominanz des Militärischen gerät das Zivile unter die Räder: Friedenspolitik, Diplomatie, Völkerrecht und Multilateralismus werden als überkommen angesehen. Dieser vermeintliche Sachzwang einer neuen TI-NA-Doktrin ist bedenklich, weil Demokratie von der offenen Diskussion verschiedener Perspektiven, Interessen und Handlungsoptionen lebt. Wenn Sicherheit fast ausschließlich militärisch gedacht wird, schrumpft der demokratische Möglichkeitsraum. Zivile Außenpolitik, Deeskalation, Diplomatie, Völkerrecht und Multilateralismus erscheinen dann nicht mehr als politische Optionen, sondern werden als „naiv“ delegitimiert.

Aus diesen Gründen ist es wichtig, den Prozess der Militarisierung des gesellschaftlichen Konsenses demokratiepolitisch zu problematisieren. Umso mehr, als dass die außenpolitischen Auseinandersetzungen durch innenpolitische Entdemokratisierung flankiert werden. Die Europäische Union ist Instanz dieser Entdemokratisierungstendenz, sowohl formal als auch gesellschaftlich.

Formal definiert ermöglicht Demokratie allen Bürger:innen den gleichen Zugang zu Freiheit und zur Kontrolle ihrer Realisierung. Neun formale Funktionen der Demokratie werden zur Realisierung der Freiheit der Bürger:innen vielfach zitiert: Individuelle

Wie Demokratie verteidigen? Demokratiepoltische Kritik der Aufrüstung der EU

Die EU ist Instanz der innenpolitischen Entdemokratisierungstendenz, die sich auch in der gemeinsamen Militärpolitik zeigt.

Freiheiten, Rechtsstaatlichkeit, Öffentlichkeit, Wettbewerb, Gewaltenkontrolle, Regierungsfähigkeit, Transparenz, Partizipation und Repräsentation.² Gesellschaftlich kann Demokratie als „institutionalisierte Kontrolle von Herrschaftsentscheidungen und Entschließungsmaßstäben durch die davon Betroffenen“³ definiert werden. Diese Perspektive geht über Wahlen und Parlamentarismus hinaus. Sie fragt, ob jene Menschen, die von Entscheidungen betroffen sind, auch tatsächlich Einfluss auf diese Entscheidungen nehmen können.

Anhand der gemeinsamen Militärpolitik der EU zeigen sich exemplarische Momente der Entdemokratisierungstendenz. Formal geht es um strukturelle Demokratiedefizite bei Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenkontrolle, Parlamentarismus, Transparenz, Partizipation und Repräsentation. Gesellschaftlich geht es um die Frage, wer die europäische Sicherheitspolitik prägt: Parlamente, Öffentlichkeit und Betroffene – oder Rüstungsindustrie, Exekutiven und militärische Apparate. Diese Fragen werden im Weiteren näher beleuchtet und die Bedeutung dieser demokratiepolitischen Analyse für die europäische Sicherheitspolitik diskutiert.

Trotz Finanzierungsverbot von Militärausgaben

Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (GSVP) ist Teil der Gemeinsamen Außenpolitik (GASP) und stark zwischenstaatlich geprägt. Entscheidungen werden in der Regel einstimmig im Europäischen Rat und im Rat der EU gefasst. Das Europäische Parlament kann die Außenpolitik der EU nur durch Fragerechte, Plenardebatten und Empfehlungen indirekt und unverbindlich beeinflussen. Über die Ausgaben im Rahmen der GASP entscheidet das Parlament grundsätzlich über das EU-Bud-

get mit. In Art 41 Abs 2 im Vertrag über die EU ist festgelegt, dass die Ausgaben der GASP zulasten des Haushalts der Union gehen, jedoch „mit Ausnahme der Ausgaben aufgrund von Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen [...]“.

Damit setzt das Unionsrecht eine Grenze, die demokratiepolitisch bedeutsam ist, weil Rechtsstaatlichkeit nicht nur aus Verfahren besteht, sondern auch aus wirksamen Begrenzungen politischer Macht. Um die verteidigungspolitische beziehungsweise militärische Zusammenarbeit trotz dieser unionsrechtlichen Grenze stärken zu können, wird dieser Ausschluss von Militärausgaben aus dem EU-Budget systematisch umgangen, indem bestehende EU-Kompetenzen ausgedehnt werden. Im Bereich der Forschung und Technologieentwicklung finanziert die EU schon seit den 2000er-Jahren Projekte mit „Dual-Use“-Bezügen aus dem EU-Budget. Seit den 2010er Jahren steht die Finanzierung der Entwicklung von Verteidigungsprodukten aus dem EU-Budget auf der Tagesordnung. 2017 wurde der Europäische Verteidigungsfonds (EVF) über die Schiene von Industriepolitik und Forschung auf den Weg gebracht. Im Arbeitsprogramm 2026 des EVF nennt die EU-Kommission die Entwicklung eines EU-Abfangjägers für den atmosphärischen Raum, eines Kampfpanzers, eines Mehrfachraketenwerfers und eines halbautonomen Schiffes als prioritäre Projekte.

Die Praxis, Militär- und Rüstungsausgaben als Forschungs-, Technologie-, Industrie-, Wettbewerbs- oder Kohäsionspolitik zu implementieren, ist eine rechtsstaatliche Gratwanderung. Maßnahmen, die dem Ausbau militärischer Fähigkeiten dienen, können nicht beliebig auf andere Kompetenzgrundlagen gestellt werden, wie ein Rechtsgutach-

Die Praxis, Ausgaben mit militärischen Bezügen auf eine andere Kompetenzgrundlage zu stellen, ist eine rechtsstaatliche Gratwanderung.

ten⁴ von Andreas Fischer-Lescano exemplarisch am EVF zeigt. Einzelne EU-Rechtsexpert:innen argumentieren, dass der EVF wegen seiner tatsächlichen verteidigungspolitischen Zielsetzung trotz formaler Industrie- und Forschungsbegründung unionsrechtlich angreifbar sein könnte.⁵

Unter Ausschluss parlamentarischer Kontrolle

Um operative Projekte umsetzen zu können, wurden außerbudgetäre Finanzierungsmechanismen mit eigener Rechtsgrundlage geschaffen. So wurde seit 2004 mit dem Athena-Mechanismus und der African Peace Support Facility vorgegangen, die 2021 in der Europäischen Friedensfazilität (EFF) gebündelt wurden. Die EFF finanziert militärische EU-Operationen und Unterstützung gegenüber Drittstaaten, wie zum Beispiel zugunsten der Ukraine. Aber auch andere Staaten Osteuropas, des Westbalkans, Westasiens und der Sahelzone profitieren von Mitteln der EFF. Seit 2021 dürfen über diesen Weg auch tödliche Waffen an Drittstaaten geliefert werden.

Weil die EFF rechtlich nicht Teil des EU-Haushalts ist, entfällt die parlamentarische Kontrolle über 17 Milliarden Euro für den Zeitraum 2021-2027. Das ist demokratiepolitisch erheblich. Denn Budgetkontrolle ist ein Kern parlamentarischer Demokratie. Sie ermöglicht öffentliche Debatte, Rechenschaft, Transparenz und Kontrolle darüber, wofür öffentliche Mittel verwendet werden.

Die fehlende demokratische und zivilgesellschaftliche Kontrolle und die mangelnde Transparenz der EFF wurden bereits vielfach kritisiert. Gefordert wird die Einbindung des Europäischen Parlaments sowie ein Transparenzregister für Waffenlieferungen. Hinzu

kommt Kritik an den Auswirkungen der Waffenlieferungen vor Ort, besonders durch die illegitime Weitergabe der Waffen und ihr Einsatz bei Gewalt gegen die Zivilbevölkerung. Weitere Forderungen sind daher verstärkte Kontrollen der vertragsrechtlichen Nutzung der gelieferten Militärgüter und ein Beschwerdemechanismus für die Zivilbevölkerung, um Missbrauchsmeldungen zu ermöglichen.⁶

Auch der Beschluss des Verteidigungs-Kreditprogramms SAFE zeigt, wie parlamentarische Kontrolle in der europäischen Militärpolitik geschwächt wird. Im Mai 2025 beschloss der Rat der EU SAFE auf der Rechtsgrundlage der Wettbewerbsfähigkeit im Umfang von 150 Milliarden Euro – ganz ohne das EU-Parlament. Die Kommission hatte ein Notfallverfahren aktiviert, das für kurzfristige Krisen gedacht ist und die Beteiligung des Parlaments ausschaltet. Das Europaparlament brachte eine Klage beim Europäischen Gerichtshof ein. Die gewählte Rechtsgrundlage sei verfahrensfehlerhaft, nicht notwendig und untergrabe die demokratische Legitimität in den Augen der Öffentlichkeit, erklärte der Pressedienst des Parlaments⁷.

Abbau von Kontroll- und Schutzmechanismen

Während das Europäische Parlament umgangen oder ausgeschlossen wird, waren Vertreter:innen der Rüstungsindustrie von Beginn an in die Formulierung und Gestaltung der europäischen Verteidigungspolitik eng mit einbezogen. Demokratiepolitisch problematisch ist, wenn bestimmte Interessen strukturell privilegierten Zugang zu Entscheidungsträger:innen erhalten, während andere Perspektiven marginalisiert bleiben. Berichte verschiedener NGOs, wie Transnational Institute (TNI)⁸, European Network

Die Ausgaben im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität erfolgen ohne parlamentarische Kontrolle.

Der systematische Einfluss der Rüstungslobby auf die EU-Verteidigungspolitik ist gut dokumentiert.

Inhaltlich bedeutet „Vereinfachung“ Abbau von Schutzmechanismen für Mensch und Natur.

Against Arms Trade (ENAA)⁹ und Corporate Europe Observatory (CEO)¹⁰ dokumentieren seit 2005 kontinuierlich den systematischen Einfluss der Rüstungsindustrie auf die europäische Sicherheitspolitik.

Ein wesentliches Anliegen der Konzerne ist der „Bürokratieabbau“. Nationale Genehmigungsverfahren und Vergabekriterien, durch die gesetzliche Vorgaben zu Menschenrecht- und Arbeiter:innenschutz, öffentlicher Gesundheit, Natur-, Wasser- und Abfallmanagement, Umweltverträglichkeit und zur Stadt- und Raumplanung überprüft werden, sind den Unternehmen ein Dorn im Auge. Diese Kontrollverfahren werden nicht nur von den Konzernen als zentrale Hindernisse für den Ausbau der Verteidigungsindustrie in Europa erachtet, sondern auch von der EU-Kommission.

Kritik am Omnibus-Paket zur Verteidigungsbereitschaft

Die EU-Kommission legte im Juni 2025 ein Omnibus-Gesetzespaket zur Verteidigungsbereitschaft vor. Es soll bürokratische Hürden in der Verteidigungspolitik abbauen. Inhaltlich geht es dabei nicht nur um „Vereinfachung“, sondern auch um den Abbau von Schutzmechanismen für Mensch und Natur. So warnt das European Network Against Arms Trade (ENAA) vor der Aufweichung der Waffenexportregulierung. Allgemeine Verbringungs genehmigungen sollen künftig auch für Exporte an Drittstaaten vergeben werden, die nicht an den rechtsverbindlichen Rahmen der EU gebunden sind. So könnten Waffenexportkontrollen umgangen werden. Außerdem sollen bestimmte lizenzierte Unternehmen ihre Waffenexporte selbst kontrollieren, wodurch das demokratische Rechenschaftsprinzip gegenüber dem Staat aufgehoben wird.¹¹

Rüstungslobbyisten beraten die EU-Politik im eigenen Profitinteresse.

Ebenso zur Diskussion stehen Umweltauflagen bei Rüstungsprojekten. Die Kommission warnte, dass hohe Umweltauflagen die Verteidigungsbereitschaft hemmen würden.¹² Sie schlug vor, den Behörden zur Kontrolle dieser Standards nurmehr einige Wochen Zeit zu gewähren, bevor ein Antrag automatisch als gewährt gelten sollte. Der Vorschlag aus dem November 2025 sieht nun vor, dass Genehmigungsverfahren maximal 150 Tage dauern dürfen. Die Frist soll zu laufen beginnen, sobald ein vollständiger Antrag eingereicht wurde, der alle notwendigen (Umwelt-)Gutachten enthält.

Genehmigungsverfahren gewähren die Umsetzung bestehender Rechtsprechung. Sie sind Teil der demokratischen Infrastruktur, die den Schutz von gesellschaftlichen Interessen sichert. Unter dem Vorwand der „Vereinfachung“ unter der Dringlichkeit der „Verteidigungsbereitschaft“ werden Schutzmechanismen einer umfassenden, menschlichen Sicherheit zugunsten militärischer Sicherheit aufgegeben. „Sicherheit“ wird im Sinne der Rüstungsindustrie rein militärisch gedacht.

In den Fängen der Rüstungslobbys

Es ist strukturell betrachtet nur logisch, dass die Rüstungsindustrie immer für mehr militärische Investitionen argumentieren wird. Die privatwirtschaftlich organisierte Rüstungsproduktion funktioniert im Kapitalismus durch Profitgenerierung. Die Nachfrageseite am Rüstungsmarkt wird fast ausschließlich vom Staat gebildet. Das bedeutet, dass die Gewinnaussichten der Rüstungsindustrie vom politischen Willen zur Aufrüstung abhängig sind.

Rüstungslobbyist:innen beraten deshalb nicht im gesellschaftlichen Sicherheits-, sondern im eigenen Profitinteresse. Vor diesem Hintergrund ist es bemerkenswert,

**Große Lobby-
budgets der
Rüstungsindus-
trie verschie-
ben politische
Debatten und
Entscheidungs-
prozesse.**

dass sich die EU-Kommission zwischen Jänner und Oktober 2025 zum Thema „Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ zu 86% mit Vertreter:innen der Rüstungsindustrie traf. Mehrmals wöchentlich informierten sich EU-Entscheidungsträger:innen bei Rüstungslobbyist:innen über deren Einschätzungen zur Sicherheitspolitik. In der gleichen Zeit gab es 15 Treffen mit NGOs, Gewerkschaften oder Wissenschaftler:innen zu diesem Thema.¹³

Militaristischer Bias als Sicherheitsrisiko

Dieses Ungleichgewicht zeigt sich auch darin, dass die zehn größten im EU-Transparenzregister angeführten Rüstungsunternehmen im Jahr 2024 7 Millionen Euro ausgaben,¹⁴ um politische Entscheidungen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Zivilgesellschaft, Friedensforschung und Parlamente verfügen bei weitem nicht über diesen Umfang an finanziellen und personellen Ressourcen. Die ungleiche ökonomische Machtverteilung in der Gesellschaft übersetzt sich in ungleiche Partizipationsmöglichkeiten in der formalen Demokratie und verschiebt politische Debatten und Entscheidungsprozesse.

**Damit zivile
Perspektiven
auf Sicherheit
gesellschaft-
lich wirksam
werden können,
muss zivile
Sicherheitsfor-
schung geför-
dert werden.**

Durch dieses partizipative Ungleichgewicht entsteht ein militaristischer Bias, der nicht nur die äußerliche Bedrohung ausschließlich militärisch bewertet, sondern auch die Optionen zur Reaktion ausschließlich militärisch denkbar macht. Für eine nachhaltige Friedensperspektive sind jedoch Maßnahmen ziviler Außenpolitik, eine umfassende Sicherheitspolitik, die Mensch und Natur in den Blick nimmt, und Schritte zu mehr globaler Gerechtigkeit unerlässlich. Sie ermöglichen Deeskalation, den Ausstieg aus der Rüstungsspirale und internationale Zusammenarbeit zur Bewältigung der Klimakatastrophe, um langfristig

umfassende, menschliche Sicherheit zu gewährleisten.

Fehlende Förderung der zivilen Sicherheitsforschung

Strategische Entscheidungen sollten nicht von den Marketingbotschaften der Rüstungslobby bestimmt, sondern durch zivile genauso wie militärwissenschaftliche Sicherheits- und Verteidigungsforschung untermauert werden. Die zivile Sicherheitsforschung darf dabei der militärwissenschaftlichen in nichts nachstehen. Noch ist sie strukturell unterfinanziert und wissenschaftlich wie politisch marginalisiert. Deshalb müsste eine umfangreiche und nachhaltige Finanzierung für zivile Sicherheits- und Friedensforschung aufgestellt werden.

Demokratie braucht Alternativen. Wo zivile Forschung fehlt, fehlen auch Begriffe, Instrumente und Strategien, um Konflikte anders als militärisch zu denken. Erst wenn fundierte Perspektiven gewaltfreier Konfliktaustragung erarbeitet werden, können sie politisch wirksam und der militaristische Bias der Sicherheitspolitik ausgeglichen werden. Eine starke zivile Sicherheits- und Friedensforschung ist deshalb keine Ergänzung am Rand, sondern eine demokratische Voraussetzung für eine offene sicherheitspolitische Debatte.

Mehr demokratische Kontrolle über Rüstungsproduktion

Demokratiepoltisch ist es nicht ausreichend, die diskursiven Gegenspieler der rüstungsindustriellen Privatwirtschaft zu stärken. Denn Demokratie allein auf das Formelle und das Politische und nicht auch auf das Ökonomische zu beziehen, entzieht der breiten Gesellschaft die Kontrolle über ihre Existenzbedingungen. Die Politik bestimmt schon jetzt über das Quasi-Mo-

nopol in der Nachfrage auch über das Angebot am Rüstungsmarkt. Sie entscheidet, welche Militärgüter mit welchen Anforderungen nachgefragt werden. Diese Anforderungen werden immer direkter zwischen Unternehmen und Staat kommuniziert. Die Bürokratie des Militärs und der Ministerien setzt sich in den Büros der Rüstungsunternehmen nahtlos fort.¹⁵

Gesellschaftliche Demokratisierung heißt, das Verhältnis von Staat und Rüstungsindustrie neu zu definieren.

Wenn es strukturell in der Rüstungsproduktion keinen privatwirtschaftlichen Markt gibt, weil Angebot und Nachfrage zu großen Teilen vom Staat bestimmt und Finanzierung und Regulierung weitestgehend von diesem abhängig sind, sind die größten Rüstungsunternehmen strukturell und nicht formell betrachtet als öffentliche Unternehmen anzuerkennen.¹⁶ Bereits jetzt ist das Verhältnis von Staat, Industrie und Militär, ob auf nationaler oder europäischer Ebene, eng. Dieses Verhältnis ist jedoch intransparent und von Eigeninteressen getrieben. Über mehr demokratische Kontrolle in der Rüstungsproduktion zu sprechen, muss deshalb in der öffentlichen Diskussion enttabuisiert werden.

Demokratie braucht sozialen Dialog mit Betroffenen

Die formellen Entdemokratisierungstendenzen der EU zeigen sich in der Militärpolitik durch die rechtsstaatlich fragwürdige Beugung von EU-Kompetenzen, den Ausschluss des Europäischen Parlaments und bei dem strukturellen Einfluss der Rüstungskonzerne auf die Sicherheitspolitik der EU. Gesellschaftlich stellt sich die Frage der Demokratie weitgehender: Wie ist die Kontrolle über politische und ökonomische Entscheidungen in der Gesellschaft verankert? Diese gesellschaftliche Perspektive bedeutet, das Verhältnis von Staat und Rüstungsindustrie neu zu definieren und zu demokratisieren.

Sie bedeutet aber auch, die Kontrolle durch unmittelbar Betroffene zu ermöglichen und die Forderungen der Soldat:innen und des militärischen Personals zu berücksichtigen. Auf europäischer Ebene organisieren sie sich in der European Organisation of Military Associations and Trade Unions (EUROMIL) und fordern den Einbezug ihrer Interessen in den sozialen Dialog. Sie fordern bessere Arbeits- und Rahmenbedingungen für Soldat:innen und militärisches Personal, grundlegende Freiheitsrechte wie das Recht auf gewerkschaftliche Organisation und politische Repräsentation. Wer im Namen der Sicherheit und zur Verteidigung der Demokratie in den Militäreinsatz entsandt wird, muss selbst soziale und demokratische Rechte haben. Demokratische Sicherheitspolitik darf die Betroffenen nicht bloß als Mittel militärischer Handlungsfähigkeit behandeln.

Demokratie durch mehr menschliche Sicherheit verteidigen

„Zwischen Demokratien und Autokratien tobt ein Weltkrieg der Werte“, analysiert der Journalist und Politikwissenschaftler Eric Frey am 29. Juni 2025 in einem Essay im Standard.¹⁷ Diese weit verbreitete Vorstellung greift jedoch viel zu kurz. Im Jänner 2024 gingen in Wien 80.000 Menschen mit der Forderung auf die Straße: „Demokratie verteidigen - gegen Rechtsextremismus und Faschismus“. Rechtsextreme, antidemokratische Parteien bekommen in immer mehr Ländern Europas großen Zulauf. Schon bald könnte es verstärkt in ihren Händen liegen, die Außen- und Militärpolitik Europas zu prägen.

Der politische Erfolg rechtsextremer Parteien speist sich aus der Instrumentalisierung von Angst, die unter anderem aus zwei Jahrzehnten ökonomischer Unsicherheit erwachsen ist. Die Demokratie zu verteidigen

Wie Demokratie verteidigen? Demokratiepoltische Kritik der Aufrüstung der EU

Die Demokratie zu verteidigen, bedeutet, mehr menschliche Sicherheit zu ermöglichen.

gen bedeutet deshalb, mehr menschliche, soziale und ökonomische Sicherheit zu ermöglichen. Konkret braucht es Investitionen in eine sozial gerechte Transformation. Die Rüstungspolitik geht jedoch strukturell bedingt mit Sparpolitik im Gesundheits-, Sozial-, Bildungs- und Pensionssystem einher. Austerität und Aufrüstung drehen die Spialen der Spaltung und Konfrontation nach innen und nach außen weiter.

Eine Demokratie, die sich durch Entdemokratisierung verteidigen will, untergräbt ihre eigenen Grundlagen. Die Demokratie zu

verteidigen bedeutet daher, Alternativen zur Militarisierung denkbar zu machen: durch zivile Außenpolitik, durch soziale Sicherheit, durch demokratische Kontrolle, durch Transparenz und durch einen Sicherheitspolitik, die Mensch und Natur in den Mittelpunkt stellt.

Anna Laetitia Rauchenwald ist Aktivistin und Sozialwissenschaftlerin aus Wien. Sie hat das Global Union Research Internship (GURI) bei AK und ÖGB absolviert. Sie ist beruflich als Jugend- und Erwachsenenbildnerin zur EU und Sicherheitspolitik tätig.
anna.laetitia@rauchenwald.eu

- 1 Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) (2026). Trends in World Military Expenditure, 2025. SIPRI Fact Sheet, April 2026. https://www.sipri.org/sites/default/files/2026-04/2604_milex_2025.pdf.
- 2 Bühlmann, Marc; Giebler, Heiko; Merkel, Wolfgang; Müller, Lisa; Weßels, Bernhard (2012). Demokratiebarometer: ein neues Instrument zur Messung von Demokratiequalität. In: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, 6, 115-159.
- 3 Demirović, Alex (2007). ... ist das noch demokratisch?. In: Brie, Michael (Hg.). Schöne neue Demokratie: Elemente totaler Herrschaft. Berlin: Karl Dietz, 62. https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Publ-Texte/Texte_39.pdf
- 4 Fischer-Lescano, Andreas (2018). Rechtsgutachten zur Illegalität des Europäischen Verteidigungsfonds. https://left.eu/app/uploads/2019/01/EVF_Gutachten_EN.pdf
- 5 Becker, Markus (2018). Juristen halten EU-Verteidigungsfonds für illegal. <https://www.spiegel.de/politik/ausland/ruestung-eu-verteidigungsfonds-laut-gutachten-illegal-a-1242792.html>.
- 6 u.a. Hauk, Stella; Mutschler, Max (2020). Five ways to make the European Peace Facility a role model for arms export control. Bonn International Center for Conflict Studies (BICC), BICC Policy Brief, 6/2020. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssor-70084-9>.; Maletta, Giovanna; Héau, Lauriane (2022). Funding Arm Transfers Through the European Peace Facility: Preventing Risks of Diversion and Misuse. SIPRI, Stockholm International Peace Research Institute, June 2022. https://www.sipri.org/sites/default/files/2022-06/2206_supplying_weapons_through_the_epf_1.pdf.
- 7 Neubert, Kjeld; Ionta, Nicoletta (2025). Europaparlament klagt gegen EU-Rat über Verteidigungsprogramm. <https://euractiv.de/news/europaparlament-klagt-gegen-eu-rat-ueber-verteidigungsprogramm/>.
- 8 Slijper, Frank (2005). The emerging EU Military-Industrial Complex: Arms industry lobbying in Brussels. Transnational Institute, TNI Briefing Series 2005/1. <https://www.tni.org/files/publication-downloads/eumilitary.pdf>.
- 9 Akkerman, Mark; Maulewaeter, Chloé (2023). From war lobby to war economy: How the arms industry shapes European politics. European Network Against Arms Trade, https://enaat.org/wp-content/uploads/2023/12/ENAAAT-Report-WarLobby2WarEconomy_Sept2023-FINAL.pdf.
- 10 Luehmann, Malte (2011). Lobbying warfare: The arms industry's role in building a military Europe. Corporate Europe Observatory, September 2011. https://corporateeurope.org/sites/default/files/publications/ceo_armslobby_en-v2.pdf.
- 11 European Network Against Arms Trade (2026). Weakening Arms Transfers Rules: or how to sell principles & ethics for the sake of arms dealers. https://enaat.org/wp-content/uploads/2026/01/2025_Omn4Def_Transfers_BriefingNote_FINAL-V2-07.01.26.pdf.
- 12 Hodgson, Robert (2025). EU-Staaten stemmen sich gegen Schnellgenehmigungen für Rüstungsfabriken. <https://euractiv.de/news/eu-staaten-stemmen-sich-gegen-schnellgenehmigungen-fuer-ruestungsfabriken/>.
- 13 Attac Österreich (2025). Rüstungskonzerne und der Profit mit Krieg Rüstungskonzerne und der Profit mit Krieg: Analyse zum systematischen Einfluss der Rüstungsindustrie auf die europäische Verteidigungspolitik. https://www.attac.at/fileadmin/user_upload/dateien/kampagnen/militarisierung/Broschuere_Ruestungskonzerne_web.pdf.
- 14 Ebd.
- 15 Scholle, Lukas (2025). Rüstung: Kein Markt wie jeder andere. In: Surplus – Das Wirtschaftsmagazin, Dezember 2025, 12-14. <https://www.surplusmagazin.de/ruestung-vertaatlichung-markt-industrie-waffen/>.
- 16 Ebd.
- 17 Frey, Eric (2025). Zwischen Demokratien und Autokratien tobt ein Weltkrieg der Werte. DerStandard.at, 29.06.2025. <https://www.derstandard.at/story/3000000276390/zwischen-demokratien-und-autokratien-tobt-ein-weltkrieg-der-werte>.



BESTELLEN!

Unter
https://wien.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/eu/infobrief/EU_Infobrief.html

können Sie den EU-Infobrief
kostenlos bestellen.

infobrief eu & international: EUROPA UND INTERNATIONALES IN KRITISCHER UND SOZIALER PERSPEKTIVE

Der EU-Infobrief erscheint 4x jährlich im digitalen Format und liefert eine kritische Analyse der Entwicklungen auf europäischer und internationaler Ebene.

Die Zeitschrift der Abteilung EU & Internationales der AK-Wien fokussiert dabei Themen an der Schnittstelle von Politik, Recht und Ökonomie. Anspruch ist nicht nur die Prozesse in den europäischen Institutionen zu beschreiben, sondern auch Ansätze zur Überwindung des Neoliberalismus zu entwickeln. Kurze Artikel informieren in prägnanter Form über aktuelle Themen. Langbeiträge geben den Raum für grundlegende Analysen, Buchbesprechungen bieten eine kritische Übersicht einschlägiger Publikationen.

